

Benutzungs- und Elternbeitragsordnung der Hansestadt Lüneburg für die Kindertagesstätten

Aufgrund der §§ 40 Abs. 1 Nr. 7, 83 Abs. 2 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in der Fassung vom 22.06.1982 (Nds. GVBl. S. 229), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.06.1993 (Nds. GVBl. S. 137), i. V. m. § 20 des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (KiTaG) vom 16.12.1992 (Nds. GVBl. S. 353) in der z.Zt. geltenden Fassung und § 90 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) in der Fassung vom 03.05.1993 (BGBl. I S. 637) hat der Rat der Hansestadt Lüneburg am 21.07.1994 beschlossen:

§ 1 Allgemeines

Die Hansestadt Lüneburg unterhält Tageseinrichtungen für Kinder (Kindertagesstätten und Spielkreis). Die Tageseinrichtungen dienen der Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern. Sie haben einen eigenen Erziehungs- und Bildungsauftrag, sie ergänzen und unterstützen die Erziehung und Förderung der Kinder in der Familie. Die Benutzungsverhältnisse für die Tageseinrichtungen werden nach Maßgaben der nachfolgenden Regelungen privatrechtlich ausgestaltet.

§ 2 Aufnahme

Aufgenommen werden Kinder, die ihren Hauptwohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Hansestadt Lüneburg haben. In Einzelfällen können auch auswärtige Kinder aufgenommen werden, insbesondere wenn die Sorgeberechtigten im Gebiet der Hansestadt Lüneburg berufstätig sind oder sich hier in einer Ausbildung befinden. Aufgenommen werden

1. in Krippen: Kleinkinder von Vollendung des 1. Lebensjahres bis zum vollendeten 3. Lebensjahr;
2. in Kindergärten: Kinder von der Vollendung des 3. Lebensjahres bis zur Einschulung;
3. in Horten: Kinder von der Einschulung bis zur Vollendung des 10. Lebensjahres bzw. bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres im Hort 10/14;

Die Anmeldung der Kinder erfolgt an einer zentralen Stelle innerhalb eines jeweils jährlich festzulegenden Zeitfensters. Über die Vergabe der Plätze entscheidet die Leitung der Kindertagesstätte. Dabei ist auf eine angemessene Alters- und Geschlechtermischung in den einzelnen Gruppen zu achten.

Die Aufnahme erfolgt grundsätzlich in der Reihenfolge der individuellen sozialen und familiären Bedürfnisse des Kindes und seiner Eltern. Dabei sind folgende Kriterien vorrangig zu berücksichtigen:

- Alter des Kindes,
- Kinder, die von einem Elternteil erzogen werden, der einer Berufstätigkeit nachgeht, ein Studium absolviert, sich in Ausbildung oder in einer Umschulung bzw. Fortbildung befindet, oder diese nachweislich aufnehmen will,
- Kinder, deren Sorgeberechtigten, einer Berufstätigkeit nachgehen, ein Studium absolvieren, sich in Ausbildung oder in einer Umschulung bzw. Fortbildung befinden, oder diese nachweislich aufnehmen wollen,
- Kinder, bei denen die Aufnahme aus sozial-pädagogischen oder medizinischen Gründen notwendig ist,
- die vorhandene Betreuung eines Geschwisterkindes in der gleichen Einrichtung,
- Wohnsitz im Einzugsbereich der Kita.

Diese Kriterien können je nach Konzeption der einzelnen Einrichtung ergänzt werden.

§ 3 Wechsel der Betreuungsarten

Für einen Wechsel der Betreuungsart (Übergang von der Krippe in den Kindergarten bzw. vom Kindergarten in den Hort) ist eine neue Anmeldung erforderlich. Die Leiterin oder der Leiter der Kindertagesstätte muss die Sorgeberechtigten hierauf ausdrücklich hinweisen.

§ 4 Gesundheitliche Regelung

Vor der Aufnahme ist der Leiterin oder dem Leiter der jeweiligen Einrichtung auf Anforderung eine ärztliche Bescheinigung vorzulegen, aus der hervorgeht, dass das Kind kindergartenfähig und frei von ansteckenden Krankheiten ist. Eine obligatorische Anforderung der ärztlichen Bescheinigungen findet nicht statt.

§ 5 Elternbeiträge

Für den Besuch der Tageseinrichtungen wird ein Elternbeitrag in Form eines privatrechtlichen Entgelts erhoben. Die Höhe des zu zahlenden Elternbeitrags richtet sich nach der Höhe des von den Sorgeberechtigten anzugebenden maßgeblichen Jahreseinkommens. Den Sorgeberechtigten gleichgestellt sind die im gemeinsamen Haushalt lebenden Elternteile. Wird das Einkommen nicht angegeben, ist der Beitrag der höchsten Einkommensstufe zu zahlen.

ab	Halbtags		ganztags		5-7 Std.		Krippe		Spielkreis	
	10/2010	08/2011	10/2010	08/2011	10/2010	08/2011	10/2010	08/2011	10/2010	08/2011
Einkommen	€									
unter 15.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
bis 16.000	31	31	55	56	43	44	60	63	18	19
bis 18.000	51	52	92	94	71	73	102	106	31	31
bis 21.000	71	73	130	132	100	102	144	150	43	44
bis 26.000	95	97	172	176	134	136	191	195	57	58
bis 31.000	119	122	214	218	166	170	239	243	71	73
bis 41.000	147	150	264	269	204	208	291	297	89	91
bis 52.000	173	177	309	315	243	248	341	347	104	106
über 52.000	201	205	345	352	281	287	392	400	120	123

Die Kosten für die Mittagsverpflegung betragen zusätzlich ab 01.10.2010 mtl. 55 € und ab 01.08.2011 mtl. 56 €.

An der Mittagsverpflegung sollen alle ganztägig betreuten Kinder teilnehmen.

Für in Anspruch genommene Früh- und Spätdienste außerhalb der Regelbetreuungszeit ist ein Sonderbeitrag von jeweils mtl. 11 € zu zahlen, werden beide Sonderdienste (Früh- und Spätdienst) in Anspruch genommen, beträgt das Entgelt mtl. 22 €. Ab 01.08.2011 sind für die Sonderdienste jeweils 12 € zu zahlen. Sollten beide Sonderdienste in Anspruch genommen werden, ist ein Entgelt von mtl. 24 € zu entrichten.

Der festgesetzte Elternbeitrag gilt für das nächste Kindergartenjahr (01.08. bis 31.07.), bei Aufnahme während des Kindergartenjahres für das laufende Kindergartenjahr.

Für das sich daran anschließende Kindergartenjahr bedarf es einer Neufestsetzung.

§ 6 Einkommen

Das beitragspflichtige Einkommen wird wie folgt ermittelt:

Beitragspflichtiges Einkommen im Sinne dieser Vorschrift ist die Summe aller Einnahmen der Sorgeberechtigten. Ein Ausgleich mit Verlusten aus anderen Einkunftsarten und mit Verlusten des zusammenveranlagten Ehegatten ist nicht zulässig.

Die Berechnung lautet wie folgt:

Summe aller Einnahmen der Sorgeberechtigten des letzten Kalenderjahres

./. Kinderfreibetrag in Höhe von 3.068 € je unterhaltsberechtigtes Kind

./. Werbungskosten in Höhe von 1.023 € je steuerpflichtiges Einkommen der Sorgeberechtigten

./. Vorsorgeaufwendungen in Höhe des Pauschalbetrags von 4.004,- € für Ehepaare oder 2.002,- € für Alleinstehende. Diese Beträge verringern sich auf 2.046,- € für Ehepaare oder 1.023,- € für Alleinstehende bei Einkommensbeziehern, die dem Personenkreis des § 10 c Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes angehören (z. B. Beamte, Richter, Berufssoldaten, Vorstandsmitglieder von Aktiengesellschaften u. ä.)

= beitragspflichtiges Einkommen lt. Sozialstaffel

Der Kinderfreibetrag kann nur für Kinder geltend gemacht werden, die nach dem Bundeskindergeldgesetz berücksichtigungsfähig sind und die noch nicht das 27. Lebensjahr vollendet haben.

Dem beitragspflichtigen Einkommen sind steuerfreie Einkünfte wie Unterhaltsleistungen, Kindergeld, Renten und andere öffentliche Leistungen hinzu zu rechnen, sofern eine Anrechnung nicht ausdrücklich gesetzlich ausgeschlossen ist.

Ist das Einkommen des letzten Kalenderjahres nicht nachzuweisen, so kann es glaubhaft gemacht werden.

Die Feststellung des Einkommens erfolgt in der Regel durch Abgabe einer Erklärung der Sorgeberechtigten. Es findet eine stichprobenhafte Überprüfung der Angaben durch die Hansestadt Lüneburg statt.

Die Eltern oder Sorgeberechtigten sind verpflichtet, dem Jugendamt wesentliche Veränderungen in den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen mitzuteilen.

Der Elternbeitrag ist neu zu berechnen und festzusetzen, wenn sich das Brutto-Einkommen um mehr als 20 % vermindert oder erhöht oder sich durch Zu- oder Abgänge die Zahl der im Haushalt lebenden Personen (unterhaltsberechtigten Kinder bzw. unterhaltsverpflichtete Elternteile) verändert.

§ 7 Geschwisterermäßigung

Die zu zahlenden Elternbeiträge ermäßigen sich bei Geschwisterkindern, die gleichzeitig eine Tageseinrichtung für Kinder in der Hansestadt Lüneburg besuchen oder in der Tagespflege betreut werden, für das 2. Kind um 30 %, für das 3. um 80 %, für jedes weitere Kind wird kein Beitrag erhoben.

§ 8 Ermäßigung wegen Krankheit

Bei Erkrankung des Kindes bzw. bei Kurverschickung, deren Dauer den Zeitraum von vier Wochen übersteigt, ermäßigt sich der Elternbeitrag auf Antrag und unter Vorlage eines Attests nach diesem Monat um 50 %

§ 9 Ermäßigung des Elternbeitrags

Auf Antrag der Sorgeberechtigten erfolgt abweichend von § 5 der Benutzungs- und Elternbeitragsordnung eine Ermäßigung oder ein Erlass der Elternbeiträge. Die Ermäßigungen werden zum Ersten des Antragsmonats wirksam und werden längstens für ein Kindergartenjahr ausgesprochen. Zuschüsse Dritter sind vorrangig und werden angerechnet. Die Anträge sind schriftlich bei der Hansestadt Lüneburg – Jugendamt – zu stellen. Die Angaben sind zu belegen.

Ein vollständiger Erlass des Elternbeitrags wird unter den Voraussetzungen des § 90 KJHG gewährt, wenn das monatliche Einkommen gemäß § 82 des Sozialgesetzbuches XII (SGB XII) die allgemeine Einkommensgrenze des § 85 SGB XII nicht übersteigt. Übersteigt das monatliche Einkommen gemäß § 82 SGB XII die allgemeine Einkommensgrenze des § 85 SGB XII, wird der monatliche Elternbeitrag auf 80 % des übersteigenden Betrags ermäßigt. Bei Betreuung mit Verpflegung ist zusätzlich eine Haushaltsersparnis ab den 01.10.2010 von mtl. 40 € und ab den 01.08.2011 von mtl. 41 € zu zahlen.

Darüber hinaus kann der Elternbeitrag abweichend von § 5 bestimmt werden, wenn dies zur Vermeidung einer unzumutbaren wirtschaftlichen Belastung für die Sorgeberechtigten erforderlich ist. Die Bestimmung trifft das Jugendamt der Hansestadt Lüneburg nach billigem Ermessen.

§ 10 Beginn der Beitragspflicht, Fälligkeiten

Der Elternbeitrag ist von dem Zeitpunkt der Aufnahme bis zur Abmeldung des Kindes oder der Kündigung des Kindergartenplatzes monatlich zu entrichten. Für den Zeitpunkt der Aufnahme ist die Vereinbarung mit der Einrichtung maßgeblich. Der Elternbeitrag ist bis zum 5. eines jeden Monats im voraus an die Stadtkasse Lüneburg zu zahlen.

Die Hansestadt Lüneburg behält sich vor, die Höhe des Elternbeitrags jeweils zu Beginn eines Kindergartenjahres neu festzusetzen. Erhöht sich dabei der Beitrag um mehr als 10%, steht den Sorgeberechtigten ein außerordentliches Kündigungsrecht gemäß § 11 zu.

§ 11 Kündigung

Kündigungen des Kindergartenplatzes sind mit einer Kündigungsfrist von einem Monat zum 31.01., 30.04., 31.07. oder 31.10. eines jeden Jahres möglich.

Der Kindergartenplatz kann außerordentlich zum Ende des laufenden Monats gekündigt werden:

1. durch die Hansestadt Lüneburg
 - bei wiederholtem unentschuldigtem Fehlen des Kindes über einen Zeitraum von mehr als einer Woche,
 - bei wiederholten Verstößen gegen die Benutzungsordnung,
 - wenn durch das Verhalten des Kindes oder der Sorgerechtigten für den Betrieb der Kindertagesstätte nach Ausschöpfung aller pädagogischen Maßnahmen eine unzumutbare Belastung entsteht, wenn die Sorgeberechtigten mit der Zahlung eines Beitrags länger als zwei Monate in Verzug sind,
2. durch die Sorgeberechtigten
 - bei Abmeldung des Hauptwohnsitzes des Kindes,
 - bei schwerer Erkrankung des Kindes,
 - im Fall der Erhöhung des Elternbeitrags um mehr als 10 % gemäß § 10.
 - Im Fall der außerordentlichen Kündigung entfällt die Beitragspflicht mit dem Ende des laufenden Kalendermonats.

§ 12 Öffnungszeiten, Ferienregelung

Die Öffnungs- und Betreuungszeiten der Tageseinrichtungen haben dem Wohl der Kinder und den Belangen der Sorgeberechtigten Rechnung zu tragen.

Als Regelbetreuungszeit gilt grundsätzlich die Zeit von 8 Uhr bis 12 Uhr bzw. von 12:30 Uhr bis 16:30 Uhr für die Halbtagsbetreuung und von 8 Uhr bis 16 Uhr für die Ganztagsbetreuung. Die Verweildauer soll 9 Stunden/Tag regelmäßig nicht überschreiten.

Die Tageseinrichtungen werden in den Sommerferien der Schulen für drei Wochen geschlossen. Für dringende Fälle bleibt eine Einrichtung geöffnet.

Weitere Schließzeiten sind:

- bis zu 3 Studientage der jeweiligen Tageseinrichtung,
- gegebenenfalls zwischen Weihnachten und Neujahr nach Abklärung der örtlichen Bedürfnisse.

§ 13 Versicherung

Für den Weg zur Tageseinrichtung, für die Dauer des Aufenthalts in der Tageseinrichtung und für den Rückweg besteht für die Kinder gesetzlicher Unfallversicherungsschutz.

§ 14 Elternvertretung

Es ist wünschenswert, dass die Eltern sich aktiv an der Elternarbeit beteiligen und die Elternabende regelmäßig besuchen.

Der Elternbeirat wird im Rahmen der Bestimmungen des KiTaG in den städtischen Tageseinrichtungen an der Arbeit beteiligt.

§ 15 Kleidung

Die Kleidung der Kinder soll zweckmäßig sein. Verlorengegangene oder beschädigte Kleidung sowie Spielzeug werden nur ersetzt, wenn dies auf grob fahrlässiges oder vorsätzliches Handeln der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Tageseinrichtungen zurückzuführen ist.

§ 16 Übergangsbestimmung, Inkrafttreten

Für das Kindergartenjahr 1994/1995 werden die Elternbeiträge gemäß §§ 5 ff. erstmals mit Wirkung ab Inkrafttreten der Benutzungs- und Elternbeitragsordnung festgesetzt.

Die Benutzungs- und Elternbeitragsordnung tritt am 01.01.1995 in Kraft.

Lüneburg, 21.07.1994

Mädge
Oberbürgermeister

Faulhaber
Oberstadtdirektor

Veröffentlicht am 29.08.1994 im Amtsblatt für den Landkreis Lüneburg Nr. 13.
Hinweis hierüber am 05.09.1994 in der Landeszeitung für die Lüneburger Heide.
Entgelte geändert durch Beschluss des Rates vom 25.06.98.
Zuletzt geändert durch Beschluss des Rates vom 9.12.03.
Hinweis hierüber am 19.12.2003 im Amtsblatt für den Landkreis Lüneburg Nr. 14.
Zuletzt geändert durch Beschluss des Rates vom 29.05.2008.
Entgelte geändert durch Beschluss des Rates vom 26.08.2010.
Zuletzt geändert durch Beschluss des Rates vom 07.07.2011.